



UWE MEYA

FOKUS TIBET

PRONG PRESS

UWE MEYA
FOKUS TIBET

**CHINAS STRATEGIEN ZUR UNTERDRÜCKUNG
UND ASSIMILATION IN EINEM BESETZTEN LAND**

REIHE TIBET: BAND 1

PRONG PRESS

Die Texte in diesem Buch sind zwischen Mai 2000 und Juni 2022 von Uwe Meya als Newsletter herausgegeben worden. Sie stellen eine Auswahl aus über doppelt sovielen Seiten dar. Wer am vollständigen Newsletter interessiert ist, kann das entsprechende PDF entweder über Uwe Meya bei der GSTF oder direkt bei uns im Verlag anfordern. Um die Lektüre der chronologisch aufgeführten Texte so einfach wie möglich zu machen, hat der Verlag auf sämtliche Angaben zu den Quellen der einzelnen Artikel verzichtet. Diese finden sich alle im vollständigen PDF vor. Das Inhaltsverzeichnis des gedruckten Textes steht auf der Webseite des Verlages als Download zur Verfügung. Anmerkungen von Uwe Meya werden mit dem Kürzel UW gekennzeichnet.

Mail GSTF: uwe.meya@gstf.org oder buero@gstf.org
Mail PRONG PRESS: info@prong-press.ch

Impressum

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 2022: PRONG PRESS, 8424 Embrach

Texte: Uwe Meya
Lektorat + Korrektorat: Rolf Bächli
Cover: Anaëlle Clot
Layout: Rolf Bächli
Druck: Medico Druck, Embrach
ISBN: 978-3-906815-47-3
1. Auflage August 2022

DIPLOMATISCHE SACKGASSEN

**DELEGATIONEN DES DALAI LAMA IN CHINA
ZWISCHEN HOFFNUNG UND ENTTÄUSCHUNG**

MAI 2000 - DEZEMBER 2004

Zur Umweltsituation in Tibet - 22. Mai 2000

Der Wert der Bodenschätze in Tibet, die seit der Invasion durch China abgebaut wurden, beziffert sich auf US-\$ 2 Milliarden. Dieser Abbau ist bisher ohne jede Rücksicht auf die Umwelt betrieben worden. Allein in Zentraltibet wurden neue Bodenschätze entdeckt, deren Wert auf weitere US-\$ 81 Milliarden geschätzt wird. Am Beispiel der Gas- und Oel-Reserven im Tsaidam-Becken in Nordost-Tibet wird gezeigt, dass alleinige Nutzniesserin die chinesische Wirtschaft ist. Keine der geplanten Pipelines wird Gas oder Oel nach Tibet befördern, sondern ausschliesslich in die stark wachsenden Küstenprovinzen Chinas. Analog gilt das gleiche für die geplanten Wasserkraftwerke. Die auf dem tibetischen Hochplateau entspringenden Flüsse versorgen 85% der Population Asiens und damit 47% der Weltbevölkerung mit Wasser. Rücksichtsloses Abholzen der Wälder in Ost-Tibet mit nachfolgender Erosion hat zu massiver Versandung der grossen Flüsse geführt. Der Yangtse-Fluss trägt mehr Sedimente mit sich als der Nil, Amazonas und Mississippi zusammen. Auch die schweren Ueberflutungen in China im Jahre 1998 werden der unkontrollierten Abholzung zugeschrieben. Insgesamt sind seit der Invasion durch China 46% des Waldes in Tibet abgeholzt worden; speziell die Region im Oberlauf des Yangtse hat 85% der Wälder verloren. Eine weitere Bedrohung kommt von nuklearer Verseuchung. An mehreren Orten in Tibet wird Uran gefördert. Auch in der Umgebung der sogenannten „Neunten Akademie“, dem Code-Namen einer inzwischen geschlossenen geheimen nuklearen Forschungsanstalt in Nord-Tibet, gilt die Umgebung als radioaktiv kontaminiert. Nach inoffiziellen Informationen wurde im Jahre 1971 die erste Nuklearwaffe in Tibet stationiert. Derzeit befinden sich in Tibet 17 geheime Radarstationen, 14 Militärflughäfen, 8 Raketensilos mit 8 Interkontinental-Raketen, 70 Mittelstrecken-Raketen und 20 Kurzstrecken-Raketen.

Folter in Tibet

Dieser Bericht enthüllt, dass auch die von China 1997 initiierte Rechtsreform nicht den Anforderungen der UN-Kommission gegen Folter genügt. Die Gesetze stellen Folter nur dann unter Strafe, wenn dadurch ein Geständnis erzwungen werden soll, nicht jedoch Folter zur generellen Einschüchterung oder Bestrafung. Folter wird nur in „schweren Fällen“ mit Strafe bedroht und bezieht sich auch nur auf

Gefängnispersonal in leitender Funktion, nicht auf reguläres Wachpersonal. Seit Inkrafttreten der Gesetze ist nur ein einziger Fall in Tibet bekannt, wo ein Fall von Folter gerichtlich verfolgt wurde. Die ausgesprochene Strafe wurde aber bis heute nicht vollzogen. Nach Angaben des NGO *Physicians for Human Rights* von 1998 wurden insgesamt 94% der politischen Gefangenen gefoltert; kritische Zeiten für Folter sind vor allem unmittelbar nach Verhaftung und dann nach rechtskräftiger Verurteilung. Gefoltert werden auch Kinder und Jugendliche. Die Folterpraktiken wandeln sich zunehmend zu solchen, die keine bleibenden physischen Spuren hinterlassen, wie Kälte- oder Hitze-Exposition, Entzug von Nahrung und Flüssigkeit, erzwungenes Blicken in die Sonne, Scheinhinrichtungen, Bedrohung durch Hunde, sexuelle Misshandlungen und Trinken von Exkrementen. Misshandlungen nach ausgesprochenem Urteil bestehen speziell in sogenanntem ‚Training‘, das sind erschöpfende körperliche Uebungen wie Arbeiten, Exerzieren, Märsche oder Läufe, oder auch in erzwungenen Blutabnahmen. Das Risiko, an den Folgen von Folter zu sterben, hat sich in den letzten Jahren erhöht. Allein seit 1997 sind 32 politische Häftlinge durch Misshandlung und Folter gestorben. Nicht selten werden sterbende Häftlinge noch kurz vor ihrem Tode aus der Haft entlassen, um die Statistik zu manipulieren. Angehörige werden oft gezwungen, ‚Selbstmord‘ als Todesursache zu akzeptieren. Das *Tibet Information Network* hat aus Statistiken errechnet, dass 1 von 20 weiblichen und 1 von 40 männlichen Häftlingen die Haft nicht lebend überstehen.

China verhaftet tibetische Studenten bei Grenzübertritt - 29. Mai 2000

In den Tagen zwischen Ende März und Mitte April sind über 50 tibetische Jugendliche am Grenzposten Dram zwischen Nepal und Tibet verhaftet worden. Die Tibeter, möglicherweise alle noch unter 18 Jahre alt, wollten nach Abschluss ihrer Ausbildung im tibetischen Exil in Nordindien ihre Verwandten in Tibet besuchen. Die Jugendlichen wurden nach der Verhaftung teilweise sofort in Gefängnisse nach Zentraltibet gebracht. Einige von ihnen sollen schon zu Haftstrafen verurteilt sein. Unklar ist, unter welchem Vorwurf sie verhaftet wurden; möglicherweise wegen „politischer Aktivitäten“ im Ausland. Die Tatsache, dass viele junge Tibeter die Ausbildung im indischen Exil bevorzugen, war China aus zwei Gründen schon lange ein Dorn

im Auge: zum einen würden diese dort mit „separatistischen Gedanken“ in Kontakt kommen, zum anderen widerspricht dieser Trend der chinesischen Propaganda, dass es in Tibet „exzellente Ausbildungsbedingungen für die Massen“ gebe. Tibetischen Kadern wurde schon im letzten Jahr unter Androhung von Sanktionen befohlen, ihre Kinder von exil-tibetischen Schulen zurückzuholen.

Die Region Dulan und das Umsiedlungsprojekt - 25. Juni 2000

Die wüstenähnliche Dulan-Region liegt im Nordosten des ehemals unabhängigen Tibet und wurde in seiner wechselvollen Geschichte je nach Machtverhältnissen sowohl von China wie Tibet regiert. Sie ist seit dem 7. Jahrhundert traditionelles Siedlungsgebiet von Tibetern und Mongolen. Seit ihrer Einverleibung in die Republik China im Jahre 1929 war sie bereits einem Zustrom chinesischer Siedler ausgesetzt, der sich nach Proklamation der Volksrepublik China nochmals verstärkte. Nun sollen weitere 58'000 Personen nicht-tibetischer Nationalität – sowohl Han-Chinesen als auch turkstämmige Siedler – im Rahmen des *Western Poverty Reduction Project* der Volksrepublik China in diese Region transferiert werden. Diese residieren zur Zeit einige hundert Kilometer östlich in einer sehr armen Region. Die Umsiedlung sollte mit einem Darlehen der Weltbank finanziert werden, das gegen die Stimmen der USA und Deutschlands, aber mit positivem Votum u.a. der Schweiz, genehmigt wurde. Die Kontroverse ist in der Geschichte der Weltbank, die Entscheide gewöhnlich ohne Abstimmung per Akklamation trifft, höchst ungewöhnlich. Die Auszahlung wurde aber angesichts breiten internationalen Protestes zunächst suspendiert. Kritiker konnten erfolgreich geltend machen, dass die Weltbank bei der Planung folgende Punkte missachtet hatte und damit teilweise gegen ihre eigenen Statuten verstieß:

- Verletzung der UN-Konventionen über Bevölkerungstransfer und rassische Diskriminierung, da sich der Anteil der traditionell tibetischen und mongolischen Siedler durch die Umsiedlung in die Dulan-Region drastisch reduzieren würde.
- Kulturelle und religiöse Diskriminierung, da laut Projektplan die Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nahezu ausschliesslich die chinesische Sprache und Kultur fördern würden; zusätzlich Gefahr des Verlustes des bisher gewährten Autonomie-Status der Re-

gion durch die relative Verminderung des tibetischen und mongolischen Bevölkerungsanteils.

- Fehlende Mitwirkung von Betroffenen, die in den Weltbank-Statuten für diese Projekte gefordert wird.
- Gefahr von ethnischen Spannungen, wegen verstärkter Konkurrenz um ohnehin karges urbares Land.
- Verstärkung der Umweltschäden, die schon jetzt durch Uebersiedlung und aggressives Ausbeuten von Bodenschätzen bestehen.
- Risiko des Missbrauches von Gefangenen. In Dulan bestehen schon seit den frühen 60-er Jahren zahlreiche Lager. Gefangene wurden in grosser Zahl zur Urbarmachung der Region eingesetzt.

Inspektions-Kommission

Im Oktober entsandte die Weltbank unter dem Eindruck internationalen Protests und gemäss ihren Statuten eine unabhängige Inspektions-Kommission in die Region, die überprüfen sollte, ob das Projekt in der gegenwärtigen Form mit den Regeln der Weltbank (Anhörung und Mitwirkung der Betroffenen, Abschätzung ökologischer Risiken) konform ist. Der streng vertrauliche Bericht liegt seit Ende April der Weltbank vor, deren Management laut Statuten dem Verwaltungsrat innert sechs Wochen eine Antwort vorlegen musste. Offenbar durch massive Intervention Chinas wurde die Frist um eine Woche, dann nochmals zwei Tage verlängert. Als durch eine Indiskretion bekannt wurde, dass das Weltbank-Management trotz deutlicher Kritik der Inspektions-Kommission die Auszahlung des Darlehens befürworten wollte, kündigte die Weltbank am 23. Juni die vorzeitige Publikation dieses Berichtes an, nahm die Ankündigung nach einer Kontroverse im Direktorium aber am gleichen Abend wieder zurück. Den endgültigen Entscheid trifft am 6. oder 7. Juli der Verwaltungsrat. Erst danach muss der Inspektions-Bericht der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Kein Weltbank-Darlehen: China zieht Antrag zurück

Nachdem sich das Direktorium der Weltbank am 6. Juli auch nach über 6-stündiger Sitzung nicht auf einen Entscheid über das umstrittene Darlehen einigen konnte, zog China am folgenden Tag seinen Antrag zurück und kündigte an, das Projekt jetzt mit eigenen Mitteln zu realisieren. Der Rückzug Chinas erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo

offenbar wurde, dass das Direktorium unter keinen Umständen das Darlehen ohne Auflagen – Abschätzung der ökologischen Folgen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen – genehmigen würde und die Auszahlung damit für weitere 15 Monate verzögert würde. China erklärte, dass es keine weiteren Kontrollen akzeptiere.

Kommission übte schwere Kritik an dem Projekt

Nachdem das Direktorium der Weltbank vor einer Woche abrupt die Publikation des Berichtes der Inspektions-Kommission – mehrheitlich auf Druck der Gläubigerstaaten – verweigert hatte, publizierte die *Financial Times* prompt die Zusammenfassung und Schlussfolgerungen, die sie durch eine Indiskretion erhalten hatte. Die Kommission spart hinsichtlich ihrer Erkenntnisse in der Tat nicht mit Worten wie ‚schwerwiegend‘, ‚besorgniserregend‘, ‚komplettes Versagen‘, etc. [Übersetzung aus dem Englischen durch Uwe M.eya].

- Die Kommission fand ein besorgniserregend hohes Mass an Diskrepanz unter dem mit dem Projekt befassten Weltbank-Management hinsichtlich der Auffassung, wie verbindlich die Weltbank-Statuten (die eine Analyse der ökologischen Folgen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen verlangen) bei diesem Projekt befolgt werden sollten. Einige Meinungen widersprachen einander diametral.

- Das Gebiet, das Gegenstand der Umsiedlung ist, wurde in hohem Masse verwaschen, unklar und inkonsistent definiert. Die Landkarten in den Planungsunterlagen waren so ungeeignet, dass die Kommission am Ende neue anfertigen musste, um sich zurechtzufinden. Die Grenzen des Gebietes waren oft so willkürlich und eng definiert, dass eine signifikante Zahl der dort lebenden Tibeter und Mongolen durch die Grenzziehung ausgeschlossen blieb und so nicht als „Betroffene“ angesehen und befragt werden musste. Es gab Beispiele, in denen auf den Karten unbewohnte Gebiete eingezeichnet waren, wo sich in Wirklichkeit aber Dörfer befanden.

- Dorfvorsteher in von Tibetern und Mongolen bewohnten Orten, die in unmittelbar von Umsiedlung und Baumassnahmen (z.B. durch einen Bewässerungskanal) betroffenen Regionen liegen, gaben an, nie zu diesem Projekt befragt worden zu sein. Das gleiche Resultat ergab sich bei Befragung der Haushalte, die in diese Region umgesiedelt werden sollten. Immerhin 60% der Personen, die 72% aller Haushalte ausmachen, sollten unfreiwillig umgesiedelt werden, und unter diesen war kein einziger vorher konsultiert worden.

- Die Kommission bezeichnete es als vielleicht wichtigstes Defizit des Projektplans, dass zu keinem Zeitpunkt eine alternative Lokalisation für die Umsiedlung in Betracht gezogen wurde. „Wo es keine Alternativen gibt, existiert auch keine Wahlmöglichkeit“, so wörtlich.
- Die Abschätzung der ökologischen Folgen ist mehr als nachlässig erfolgt. Der Projektplan enthält weder eine Analyse der Langzeit-Folgen noch einen zeitlichen Kontext. Es gibt keine Daten über Biodiversität, Herdenhaltung und durch Nomaden genutztes Land, so dass auch keine Abschätzung über allfällige Entschädigungen der durch die Zuwanderung betroffenen Personen möglich sind. Die Kommission war aus drei Entwicklungsexperten aus den Niederlanden, Senegal und Kanada zusammengesetzt und hatte während ihrer dreiwöchigen Reise in das Entwicklungsgebiet unabhängige Dolmetscher dabei.

Konsequenzen des Weltbank-Entscheids um Darlehen - 13. August 2000

Der Entscheid Chinas, den Darlehens-Antrag zurückzuziehen, erfolgte offenbar durch persönliche Intervention von Premierminister Zhu Rongji nach siebenstündigen ergebnislosen Diskussionen im Direktorium der Weltbank. Die positiven Implikationen sind die, dass sich auch andere internationale Institutionen mit der Finanzierung von Projekten, die Umsiedlungen im Sinne Beijings beinhalten, wesentlich stärker zurückhalten werden. Ausserdem deckte die Inspektions-Kommission schonungslos den laxen Umgang mit Weltbank-Statuten auf, wenn es um China ging. Die Einhaltung der Statuten wurde offenbar oft gegenüber China nicht so genau genommen, da dort alles ‚anders‘ sei. Auf der anderen Seite hat China deutlich gemacht, dass es nun das Projekt „nach eigenen Kriterien“ durchsetzen werde. Das könnte bedeuten, dass deutlich mehr als die von der Weltbank projektierten 60'000 Siedler in Dulan sesshaft werden sollen. Das Projekt in der Weltbank-Version hatte den Umfang der Umsiedlungen bereits von 100'000 auf 60'000 Personen reduziert. Die projektierten Städte haben die fünffache Grösse von Xiangride, der Stadt im Zentrum des Projekt-Gebietes nach Weltbank-Version, und diese könnten auch nach erfolgter Umsiedlung sekundär noch weitere Siedler anziehen. Ausserdem ist zu befürchten, dass nun die Implementierung ohne internationale Kontrolle und damit auch ohne Rücksichtnahme auf die dort lebenden Tibeter und Mongolen erfolgt.

Lhasa: Weitere Einschränkungen des religiösen Lebens

Der Geburtstag des Dalai Lama am 6. Juli verging in angespannter Atmosphäre ohne erkennbare Feiern der lokalen Bevölkerung in Lhasa. Dafür hatten massive Vorkehrungen, Drohungen und Auflagen gesorgt. Tibetern war das rituelle Verbrennen von Weihrauch verboten, und die dafür an wichtigen religiösen Orten positionierten Altäre waren von Sicherheitspersonal umstellt. Auf dem Lingkor, dem rituellen Umwandlungsweg der heiligen Stätten von Lhasa, waren neue Überwachungskameras installiert. Kadern, Pensionären, Schulkindern und Studenten war die Umwandlung explizit verboten; in den Sommerferien war es ihnen dann auch untersagt, religiöse Orte aufzusuchen. Regierungsangestellten und Schülern sowie Studenten wurde mit Entlassung und Pensionären mit der Streichung der Gelder gedroht, falls sie sich nicht an die Auflagen hielten. Kadern war bereits zum tibetischen Neujahr im Februar das rituelle Wechseln der Gebetsfahnen an ihren Häusern verboten worden. In der Zeit zwischen Februar (tibetisches Neujahr), Mai (Sagadawa-Fest zum Gedenken an Buddhas Erleuchtung) und Juli (Geburtstag des Dalai Lama) wurden in Lhasa und Umgebung zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt, um Altäre, Schreine und Dalai-Lama-Fotos ausfindig zu machen. Die Hausdurchsuchungen fanden meist um zwei Uhr in der Nacht statt. Neu an diesen Massnahmen ist, dass sie sich nicht mehr auf die Haushalte tibetischer Kader beschränken, sondern alle Bevölkerungsgruppen betreffen. Insgesamt fanden mehr als 450 Hausdurchsuchungen statt. Bei Auffinden eines Bildes des Dalai Lama wurden die Betroffenen mit umgerechnet SFr. 80 gebüßt – eine horrend Summe, die mehreren Monatslöhnen entspricht. Die aufgefundenen Bilder und religiösen Objekte wurden nach der Durchsuchung zerstört. Noch am 22. Juni hatte China in einem „Weissbuch“, das kurz vor dem Weltbank-Entscheid veröffentlicht wurde, Tibet für seine zahlreichen Feste und „reichen“ Traditionen gerühmt. Die Restriktionen wurden jetzt damit gerechtfertigt, dass „Spalter des Mutterlandes“ diese Anlässe für ihre Zwecke ausnützen könnten.

China stoppt Entwicklungshilfe-Projekt Sanierung der Altstadt von Lhasa - 18. August 2000

Am 14. August wurde mit einem abrupten Entscheid in Lhasa das Büro des *Tibetan Heritage Funds* (THF), einer in Deutschland ansäs-

sigen privaten Stiftung, geschlossen. Die beiden Direktoren wurden aus Tibet ausgewiesen. Die 270 tibetischen Angestellten werden voraussichtlich arbeitslos. Andre Alexander hatte 1996 den THF als Reaktion auf den rigorosen Abriss der historischen Altstadt von Lhasa gegründet. Der THF wurde mit insgesamt DM 500'000 von der Deutschen Bundesregierung unterstützt, erhielt aber auch Zuwendungen von der *Schweizer Tibethilfe* und der *Trace Foundation* in New York und begann ein behutsames Sanierungsprogramm der wenigen noch verbliebenen, bis zu 1'300 Jahre alten historischen Gebäude. Der THF arbeitete mit offizieller Genehmigung in einem Büro in Lhasa und präsentierte sich als unpolitisch. China hatte den weitgehenden Abriss der Altstadt von Lhasa mit der schlechten Bausubstanz begründet. Die historischen Bauten wurden durch neue Wohnblocks ersetzt, die sich aber inzwischen der traditionellen tibetischen Bauweise weit unterlegen erwiesen. Beobachter sahen den damaligen Abriss als politisch motiviert, da die verwinkelten Gassen als schwer kontrollierbare Hochburg des tibetischen Widerstandes galten. Die Schliessung des THF könnte jetzt den Auftakt für den restlosen Abriss der Altstadt darstellen.

Misshandlung von Kindern in Tibet ist weit verbreitet - 29. September 2000

Die vom ICLT in Dharamsala im indischen Exil durchgeführten Befragungen an insgesamt 57 aus Tibet geflohenen Kindern beanspruchen keinen repräsentativen Charakter, zeichnen aber dennoch ein sehr bedenkliches Bild von den Rechten der Kinder in Tibet. Hier sind die wichtigsten Resultate in den drei Themenkreisen der Befragung wiedergegeben, die durch publizierte Daten ergänzt werden: **Folter und Misshandlung in Haft:** Kinder werden ab dem Alter von sechs Jahren wegen zum Teil geringfügiger Anlässe verhaftet, z.B. religiöser Betätigung in der Öffentlichkeit, Schreiben der Wörter „Unabhängigkeit“ ins Schulbuch oder „Freiheit für Tibet“ an eine Hauswand. Manche Kinder werden auch in Haft genommen, um auf die Eltern Druck auszuüben, wenn diese „separatistischer Aktivitäten“ verdächtigt werden. Die betroffenen Kinder berichten über vielfältige Misshandlungen durch das Gefängnispersonal: anhaltendes Blicken direkt in die Sonne, tagelange Isolation in dunklen Einzelzellen, Schläge mit elektrischen Schlagstöcken, Verängstigung und Einschüchterung etwa durch simulierte Angriffe wilder Tiere, Hun-

debisse, sexueller Missbrauch, stundenlanges Aufhängen an den Extremitäten, mangelhafte Ernährung und unsauberes Trinkwasser. Es soll auch zu einzelnen Todesfällen gekommen sein.

Erziehungswesen: Tibetische Kinder werden systematisch diskriminiert. Während in China das Gesetz eine mindestens 9-jährige Schulausbildung vorschreibt, sind es in Tibet gerade drei Jahre. Die Analphabetenrate in Tibet beträgt nahezu 70%. Die Kinder lernen nur in den ersten drei Jahren in tibetischer Sprache, danach ist der Unterricht, wenn überhaupt vorhanden, in chinesischer Sprache. Alle Eingangsprüfungen für höhere Schulausbildung sind in chinesischer Sprache, so dass die Kinder chinesischer Migranten bevorzugt sind. Viele Schulen, gerade in ländlichen Regionen, müssen mangels öffentlicher Gelder hohe Eingangsgebühren erheben, die sich die Tibeter nicht leisten können. Es gibt Hinweise, dass manchmal die Kinder chinesischer Eltern geringere Gebühren zahlen. Weiterhin berichteten die Kinder über häufige und harte körperliche Bestrafungen.

Ernährung und Gesundheitswesen: Mindestens die Hälfte der tibetischen Kinder muss als unterernährt bezeichnet werden. Ihre durchschnittliche Körpergrösse nimmt während der letzten Jahre kontinuierlich ab. Sie müssen oft grosse Distanzen zurücklegen, um an Trinkwasser zu gelangen. Viele Kinder berichten über verunreinigtes Wasser, Durchfallerkrankungen, Tuberkulose, Gelbsucht oder Wurmkrankheiten. Die Spitalbehandlung ist nie kostenlos, so dass sich viele Familien diese nicht leisten können.

Weiterhin hartes Durchgreifen gegen Religionsausübung in Tibet

Die chinesischen Sicherheitskräfte veranstalten seit Frühjahr ausgedehnte Razzien nach religiösen Utensilien und Dalai Lama-Photos in tibetischen Häusern. Die Atmosphäre in und um Lhasa hat sich wegen dieser Massnahmen noch mehr angespannt, und bisher wurden 450 Tibeter mit 500 oder mehr Yuan {ca. ein Monatslohn: UM} bestraft, weil sie Dalai Lama-Bilder in ihren Häusern aufstellten. In einer Gemeinde wurden Photos des Dalai Lama verbrannt. Im Juni konfiszierten die chinesischen Beamten bei einer Durchsuchung von 18 Häusern von Künstlern der Tibet-Oper religiöse Gegenstände wie Altäre, religiöse Rollbilder, Statuen und andere Utensilien, die schliesslich in den nahegelegenen Kyichu Fluss geworfen wurden. Die Disziplinar- und Inspektions-Kommission der Stadt Lhasa be-

schloss bei ihrer Hauptversammlung vom 15. bis 17. März, dass es der Bevölkerung von nun an verboten sei, religiöse Ueberzeugungen zu hegen, den Dalai Lama als ein erleuchtetes Wesen zu betrachten, ihre Kinder in die vom Dalai Lama betriebenen Schulen zu senden und der „Dalai-Clique“ zu folgen. Einer von *Voice of America* am 23. Juli 2000 gesendeten Nachricht zufolge wiesen die Regionalbehörden am 15. Juli 30 Mönche aus dem Tsuglhakhang – einer der ältesten und bedeutendsten buddhistischen Stätten – in Lhasa aus. Den ausgewiesenen Mönchen wurde verboten, in Lhasa oder ihren Heimatdörfern irgendwelchen religiösen Praktiken nachzugehen.

Neues Wasserkraftwerk in Tibet – Realisierung mit Nuklear-Sprengkörpern? - 2. November 2000

China plant nach Abschluss der Bauarbeiten zum umstrittenen „Drei-Schluchten-Damm“ im Jahre 2009 ein Projekt von dessen doppelter Grösse in Tibet, um ein gewaltiges Wasserkraftwerk am Flusslauf des Yarlung Zangpo (Brahmaputra) zu errichten. Um auf kurzer Distanz zur Stromerzeugung einen Niveau-Unterschied von 3'000 m zu nützen, soll Wasser durch einen 16 km langen Tunnel durch das Bergmassiv des Namcha Barwa geleitet werden. Die erforderlichen Sprengungen erfordern nach Meinung von Experten fast zwingend den Einsatz von nuklearen Sprengkörpern, da diese durch konventionelle Sprengstoffe nicht zu bewältigen sind. Nach der Stromgewinnung soll das Wasser über 800 km nach Norden umgeleitet werden, um dort die von zunehmender Trockenheit – möglicherweise als Folge der globalen Erwärmung – heimgesuchten Provinzen Gansu und Xinjiang zu bewässern.

Weitere Projekte zur Umleitung von Wasser

Das Kraftwerk ist Teil eines nationalen Planes mit drei Einzelprojekten, die die Umleitung grosser Wassermengen aus den Quellflüssen des tibetischen Plateaus in die trockenen Nordprovinzen, aber auch in die zunehmend Wasser konsumierenden Küstenprovinzen, vorsehen. Insgesamt sieht das Projekt den Bau von 31 grossen Staudämmen vor. Wissenschaftler selbst aus China haben auf die drohenden Gefahren hingewiesen. Es gebe Anzeichen, dass sich infolge der globalen Erwärmung ohnehin die Wassermenge im Yarlung Zangpo vermindere, abzulesen am Schrumpfen der grossen Gletscher in

seinem Quellgebiet und seinen versiegenden Nebenflüssen. Auch die Anrainerstaaten erheben Protest. Der Yarlung Zangpo, dann Brahmaputra geheissen, ist die einzige Bewässerungsquelle der indischen Nordprovinz Assam. Vietnam zeigte sich besorgt, dass die geplanten Massnahmen am Mekong-Oberlauf das Land vom Gutdünken Chinas abhängig werden lassen. Je nach Jahreszeit und klimatischer Entwicklung wären die Anrainerstaaten von Trockenheit oder Ueberflutung bedroht und wollen sich nicht der chinesischen Willkür über ihre Wasser-Vorräte ausliefern.

Ausbau einer Goldmine in Nord-Tibet durch Chinesisch-Australisches Unternehmen

Sino Mining ist ein in Australien ansässiges Gemeinschaftsunternehmen von China (35%) und australischen und amerikanischen Investoren (65% Anteile), das kürzlich einen Vertrag zur Uebernahme der existierenden Tanjianshan-Goldmine unterzeichnete. Die in Nord-Tibet befindliche Mine soll dadurch ihre Kapazität erheblich steigern. Im Zuge des geplanten WTO-Beitritts reduziert China den staatlichen Anteil an seinen Metallminen, so dass *Sino Mining* als Portal zu internationalen Investoren wird, und gleichzeitig wird die Ausbeutung von Bodenschätzen im „Westen“ (wie die „unterentwickelten“ Regionen Tibet und Xinjiang auch bezeichnet werden) erheblich gesteigert. Vergleichbare Entwicklungen vollziehen sich auch in anderen Sektoren, wie z.B. an den Projekten von Oel- und Gas-Pipelines durch *BP Amoco* und auch dem o.g. Wasserkraftwerk zu erkennen ist. Weitere Pläne beinhalten den Abbau von Plutonium und die Errichtung eines Raketen-Testgeländes und einer Satelliten-Abschussbasis. *Sino Mining* verteidigte sich gegen Kritik von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen mit dem Argument, dass mit der Uebernahme die Arbeits- und Umweltstandards in einer ohnehin existierenden Mine auf „internationales Niveau“ angehoben würden. Kritiker weisen auf die Zunahme von ungehemmter Ausbeutung der tibetischen Bodenschätze hin, die lokal niemandem nützen, sondern ausserhalb der Region transportiert würden. Ausserdem dürfte der Ausbau der Mine neue Siedler nach sich ziehen, die die tibetischen und mongolischen Nomaden weiter in unfruchtbare Regionen abdrängen und deren Armut verschärfen.

Bombenexplosion in Lhasa - 4. Dezember 2000

Nach Angaben westlicher Touristen kam es am Abend des 26. Oktober zu einer Bombenexplosion im neuen, chinesisch geprägten Teil von Lhasa. Die Detonation vor einem Gerichtsgebäude, die sich ausserhalb der Arbeitszeit ereignete, richtete nur geringeren Sachschaden an. Die Umstände der Explosion lassen darauf schliessen, dass diese politisch motiviert war. So wurde der Ort von Polizei kurzfristig abgeriegelt, und ausländische Augenzeugen wurden sofort in ihre Hotels zurückgeschickt. Während der Tage danach kam es zu verstärkten Polizeikontrollen von Fahrzeugen auf den Strassen. In den vergangenen fünf Jahren wurden damit insgesamt neun Bombenanschläge in Lhasa verzeichnet, bei denen bisher Menschen nicht zu Schaden kamen. Die Detonationen ereigneten sich immer vor politisch sensiblen Orten, so z.B. einem chinesischen Monument, dem Gebäude der paramilitärischen Sicherheitspolizei, dem Sitz der Kommunistischen Partei, oder vor der Haustür eines Würdenträgers, der seinerzeit den von China oktroyierten Panchen Lama in einer Zeremonie eingesetzt hatte. Die Sprengkörper schienen alle relativ klein und von amateurhafter Fertigung gewesen zu sein, ausser einem, der im Dezember 1996 vor der Städtischen Verwaltung von Lhasa detonierte. Hier liess die Wucht der Explosion auf eine wesentlich höhere Sprengkraft und professionelle Herstellung schliessen. China begann im Jahre 1996 mit einer Propaganda-Kampagne, die die „Dalai-Clique“ der Anstiftung zu Attentaten bezichtigte.

Wiederaufnahme der Kontakte zwischen Dalai Lama und chinesischer Regierung - 5. Januar 2001

Anfang Dezember letzten Jahres erklärte der Dalai Lama, dass es nach zweijähriger Pause wieder zu inoffiziellen Kontakten mit der chinesischen Regierung gekommen ist. Sein älterer Bruder Gyalo Thondup, der durch einen längeren Aufenthalt in Nanjing gut chinesisch spricht und schon früher als Kontaktperson diente, hatte im Oktober China besucht und eine Botschaft des Dalai Lama überbracht. Die Gesprächsinhalte und mögliche weitere Aktivitäten werden jedoch vertraulich gehalten. Offenbar entsprach China aber nicht dem Wunsch des Dalai Lama, Gyalo Thondup auch einen Besuch in Tibet zu gestatten. Der Dalai Lama bezeichnete es schon als Fortschritt, dass überhaupt wieder eine Kommunikation aufgenommen wurde. Nach

dem Besuch von US-Präsident Clinton in China war schon über eine unmittelbar bevorstehende China-Reise des Dalai Lama spekuliert worden, doch hatte China dann im November 1998 abrupt jegliche Kommunikation eingestellt. Auch in der kürzlichen Auswechslung des Sekretärs der Kommunistischen Partei Chinas für die Autonome Region Tibet sehen die Tibeter einen gewissen Hoffnungsschimmer. Guo Jinglong, Nachfolger des ‚Hardliners‘ Chen Kuiyuan, scheint die ärgsten Restriktionen des religiösen Lebens in Tibet ausgesetzt zu haben und einen etwas moderateren Kurs zu verfolgen.

Menschenrechte in Tibet: Die Bilanz des letzten Jahres - 15. Januar 2001

Wie in jedem Jahr, zieht das TCHRD (eine exil-tibetische NGO) eine Bilanz des vorausgegangenen Jahres. Insgesamt habe sich hinsichtlich der Möglichkeit der Wahrnehmung grundlegender Rechte die Situation in Tibet weiter verschlechtert. Hier sind die wesentlichen Punkte zusammengefasst:

Religion: Die Kampagne der „Patriotischen Umerziehung“ wurde weitergeführt. „Arbeitsteams“ besuchten auch entlegene Klöster und führten die Säuberungen fort. Im vergangenen Jahr wurden weitere 862 Tibeter aus Klöstern ausgewiesen, was die Zahl seit Beginn der Kampagne 1996 auf insgesamt 12'271 ausgewiesene Mönche und Nonnen bringt. In Lhasa wurden etliche Häuser nach Altären oder Fotos des Dalai Lama durchsucht, deren Besitz vor allem Regierungskadern strikt verboten ist.

Freiheit des Wortes: Gegenwärtig sind 451 Tibeter als politische Gefangene in Haft. Aus politischen Gründen wurden im letzten Jahr weitere 26 Personen verhaftet. Weiteren 22 Gefangenen wurden wegen politischer Meinungsäußerungen die Haftstrafen verlängert. Allein irgendeine Beziehung zu Schulen der Tibeter im Exil kann schon ein Grund für Inhaftierung sein, und Rückkehrer aus Indien werden argwöhnisch überwacht.

Folter und Missachtung der Rechte der Frauen: Im Jahr 2000 starben mindestens zwei Personen mutmasslich an den Folgen von Misshandlungen in der Haft. Auch wurde die Praxis der erzwungenen Sterilisation und Abtreibung bei tibetischen Frauen weiter verfolgt, obwohl China diesbezügliche UN-Konventionen ratifiziert hat.

Erziehung und Gesundheit: Tibetische Kinder werden systematisch bei der Zulassung zu Schulen diskriminiert, sei es durch höhere Ge-

bühren oder Zulassungsbeschränkungen. Schulen und Spitäler gibt es in auffälliger Ballung in chinesischen Wohnquartieren.

Flucht: Im Exil in Indien zählte man im letzten Jahr 2'660 neue Flüchtlinge, darunter 900 Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren, 507 Frauen und 642 Mönche oder Nonnen. Die Zahl derer, die bei der Flucht über die Himalaya-Pässe umkommen, lässt sich nicht präzise ermitteln.

Ein Jahr nach der Flucht des XVII. Gyalwa Karmapa

Als vor einem Jahr der XVII. Gyalwa Karmapa (nach der inoffiziellen Hierarchie der dritthöchste religiöse Würdenträger) im Exil ankam, reagierte Beijing vor allem deswegen so heftig, weil damit die Strategie, hochrangige religiöse Würdenträger in Tibet zu „patriotischen Vorbildern“ zu manipulieren, einen massiven Rückschlag erlitten hatte. Noch heute sind die Folgen im Stammkloster Tsurphu, von dem aus Karmapa die Flucht antrat, zu spüren. Tibeter, die kürzlich ebenfalls flohen, berichteten gegenüber TIN, dass im Kloster ein weiterer Polizeiposten eingerichtet worden sei. Die Polizisten würden die Mönche bedrängen, anstatt religiöser Übungen lieber Fernsehen zu schauen oder das (chinesische) Spiel Mah Jong zu spielen, da religiöse Betätigung nutzlos sei. Die Aufnahme neuer Mönche ist verboten. Die beiden Mönche, die den Karmapa in seinem Domizil persönlich betreuten, sind unter dem Verdacht der Beihilfe zu seiner Flucht noch immer in Haft. Ein anderer junger Mönch, der von Karmapa als Inkarnation des Pawo Rinpoche anerkannt war, wurde aus dem Kloster entfernt und geht jetzt an eine normale Schule. Unterdessen hat Karmapa im indischen Exil zwar ein Bleiberecht, jedoch hat Indien noch immer nicht auf den Antrag zur Anerkennung als politischer Flüchtling reagiert. Karmapa steht quasi unter Hausarrest, da er sein Domizil in der Nähe von Dharamsala nicht ohne Zustimmung der indischen Polizei verlassen kann.

Pläne für die Ausbeutung von Gold-Depots in Tibet - 19. Februar 2001

Nach *BP Amoco*, die wegen der Erschließung von Öl- und Erdgas-Depots im Nordwesten Tibets kritisiert wird, ist jetzt auch die auf den Cayman-Inseln angesiedelte und von Sydney operierende *Sino-Mining International* (SMI) Ziel internationaler Kritik. SMI plant, das

im Norden Tibets gelegene Tanjianshan-Depot zu erschliessen. Hier werden insgesamt 37 Tonnen Gold im geschätzten Wert von US-\$ 335 Millionen vermutet. Zusammen mit fünf weiteren Firmen, die in einem Konsortium zusammengeschlossen sind, plant SMI auch die Errichtung einer Datenbank über andere Mineralvorkommen in dieser Region entlang der nördlichen Grenze zwischen Tibet und China. Der *Australia Tibet Council* befürchtet weitreichende Umweltschäden durch den geplanten Goldabbau. Die Abbauregion ist gekennzeichnet durch ausgedehnte Wälder, Steppe und Weiden. Bisher habe der Abbau von Bodenschätzen in China immer unweigerlich zu ausgedehnten Abholzungen der Wälder geführt. Schon jetzt seien in dieser Region die Tibeter durch Chinesen verdrängt worden, die dort im Zuge des Aufbaus der Plutonium- und Waffenindustrie in der angrenzenden Wüste Gobi angesiedelt wurden. Dadurch sei bereits jetzt das Maximum der Bevölkerungsdichte erreicht, die diese Region ohne Umweltschäden vertrage. Erfahrungsgemäss habe die lokale tibetische Bevölkerung keinen Nutzen von den erwirtschafteten Gewinnen, die nach China oder ins Ausland transferiert werden. In dieser und angrenzenden Regionen werden nach offiziellen chinesischen Statistiken neben anderen Mineralien noch 30 weitere Goldvorkommen von teilweise beträchtlicher Grösse vermutet.

China: Tibetische Mode ist ‚in‘

Zhu Zheqin, eine chinesische Sängerin, legte sich den tibetischen Künstlernamen Dadawa zu, kleidet sich in tibetische Kostüme und mischt tibetische Stilelemente in ihre Lieder – und erntet damit grosse Erfolge. In den Schmuckgeschäften in Shanghai ist tibetischer Schmuck ein Verkaufserfolg. Im letzten Jahr kamen zwei Getränke mit tibetischem ‚Touch‘ auf den chinesischen Markt, eine nicht-alkoholische Mischung aus Ginseng- und Beerensaft und Tschang, das traditionell-tibetische alkoholische Getränk aus vergorener Gerste. Der Hersteller sagt, diese Getränke seien in China deswegen so erfolgreich, weil sie bei den Konsumenten „mystische Gefühle“ weckten. Das Magazin *Asia Times* bewertet diesen Trend zweischneidig: einerseits könne dieser auf die voranschreitende Vernichtung der genuin tibetischen Kultur hinweisen, andererseits mehren sich aber auch die Zeichen, dass Chinesen mehr und mehr spirituelle Erfüllung suchen. Im Kloster Labrang, im Nordwesten Tibets gelegen und eines der grössten tibetischen Klöster, werde ein drastischer Anstieg

der chinesischen Pilger beobachtet. Auch kleinere tibetisch geprägte Religionsgemeinschaften in Beijing berichten über starken Zulauf von Chinesen. Auch der Leiter der Klinik für traditionelle tibetische Medizin in Beijing berichtet über einen auffallenden Anstieg von Konsultationen durch chinesische Patienten.

Kampagne gegen religiöse Betätigung wird auf Schulkinder ausgeweitet - 13. März 2001

Nach Berichten von Tibetern in Lhasa werden jetzt auch Schulkinder schon im Alter von 7 bis 13 Jahren mit Sanktionen bedroht, wenn sie ihre Religion ausüben wollen. Jegliche Art der Religionsausübung, z.B. der Besuch von religiösen Orten, das Verbrennen von Weihrauch, das Rezitieren von Gebeten, selbst das Tragen von Amuletten oder Schutzbändern [Bänder, die den Segen von spirituellen Lehrern tragen, und um Hals oder Handgelenk getragen werden; UM], wird mit Sanktionen bedroht. Diese beinhalten kleinere Geldstrafen, den vorübergehenden oder dauernden Verweis von der Schule, Abzüge bei den Schulnoten oder das öffentliche Zurschaustellen. In einem Fall wurden die Schulkinder nach solchen Objekten durchsucht und dann die betroffenen Eltern mit Geldstrafen belegt. In anderen Schulen sollen die konfiszierten Objekte dann vor den Augen der Kinder in Stücke geschnitten und verbrannt worden sein. Diese Aktion wurde von den Schulbehörden damit gerechtfertigt, dass religiöse Betätigung „rückständig“ und ein „Hindernis für den Fortschritt“ sei.

China stört ausländische Rundfunksendungen nach Tibet

Seit Dezember 2000 werden ausländische Rundfunksendungen von *Voice of America*, *Radio Free Asia* und *Voice of Tibet* zunehmend durch Störsender blockiert. Besonders stark ist die Region um die Hauptstadt Lhasa von den Störsendern betroffen, wo der Empfang der Sendungen entweder durch Lärm oder interferierende chinesische Musikprogramme, z.B. das als Joint Venture mit Australien gesendete Programm *Easy FM*, empfindlich gestört ist. Nach Angaben von Rundfunktechnikern erfordern solche Störungen erhebliche Investitionen in Antennen, Sender und Stromzufuhr, die nach Aussagen von Augenzeugen kürzlich an zwei Orten bei Lhasa vorgenommen worden sind. Ein technischer Mitarbeiter von *Voice of Tibet* erklärte,

dass sie diesen Störungen auch durch häufige Frequenzwechsel ihrer Sendungen nicht mehr entgehen könnten, da China offenbar die Sendefrequenzen engmaschiger als in der Vergangenheit überwacht und entsprechend die Einstellung der Störsender modifiziert. Das Hören von diesen ausländischen Sendungen ist in Tibet nicht nur strafbar, sondern auch gefährlich, da dieses mit Gefängnisstrafen belegt werden kann. Auf der anderen Seite erklären viele tibetische Flüchtlinge, dass diese Sendungen trotz allem in Tibet häufig empfangen werden und sehr beliebt seien, da sie die einzige objektive Informationsquelle für Nachrichten über Tibet, den Dalai Lama und generelles Weltgeschehen darstellten. Das Einstellen solcher Störsendungen war im Jahre 1994 eine der Bedingungen der USA für die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel (Most Favored Nation Status, MFN) im Handel mit China. Obwohl eine Delegation von *Voice of America* kurz darauf China besuchte und das Aussenministerium Chinas Einwilligung verkündete, wurden nach Angaben eines leitenden Mitarbeiters von *Voice of America* die Störsendungen nie gestoppt. Parallel dazu baut China die eigenen Rundfunksendungen für Tibet aus. Dieses scheint nach offiziellen Verlautbarungen ein essentielles Element der geplanten wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Regionen, unter die Tibet subsumiert wird, zu sein. Die Sendezeit wird generell erhöht, eine Gruppe von 40 tibetischen Journalisten wird derzeit in Beijing für ihre neue Aufgabe ausgebildet, und Sendungen werden jetzt auch in den lokalen Dialekten für Kham und Amdo (Ost- und Nordost-Tibet) ausgestrahlt. Jegliche Unabhängigkeit in der Berichterstattung ist jedoch ausgeschlossen. Ein ins Exil geflüchteter tibetischer Journalist sagte kürzlich, dass die Inhalte für Rundfunk, Fernsehen und Zeitung jeweils minutiös von der lokalen Propaganda-Abteilung festgelegt würden.

Lhasa: Geldprämien sollen Mönche gefügig machen; Warnung an ehemalige Häftlinge - 25. März 2001

Kader, Regierungsangestellte und Kinder wurden in diesem Jahr angewiesen, zu den am 24. Februar beginnenden tibetischen Neujahrsfeiern zu Hause zu bleiben, keine öffentlichen religiösen Feiern zu besuchen oder Spenden an Klöster zu geben. Weiterhin wurde zu Beginn des Monlam Chenmo (Grosses Gebetsfest) am 9. März für Mönche eine Ausgangssperre verhängt. Sie waren angewiesen, nur an den strikt kontrollierten offiziellen Feiern in ihren Klöstern teil-

zunehmen. Dafür wurden ihnen Geldprämien von umgerechnet 65 – 100 Franken offeriert. Traditionell findet das Monlam Chenmo im Jokhang-Tempel in der Altstadt von Lhasa statt, zu dem die Mönche und Nonnen der Klöster um Lhasa eingeladen werden. Das Fest war aber in den vergangenen Jahren aus Furcht vor politischen Unruhen untersagt worden. Ein kürzlich nach Indien geflüchteter Tibeter aus Lhasa sagte, das Fest sei ohnehin durch die vielen Auflagen der Regierung zur Unkenntlichkeit verändert worden. Wenige Tage vor dem 10. März, dem Jahrestag des Volksaufstandes, wurden mehrere ehemalige politische Gefangene zu einem Treffen einbestellt, bei dem ihnen Verhaltensregeln mitgeteilt wurden. So sei es ihnen untersagt worden, ausländische Radiosendungen zu hören. Auch wurden sie wegen „nicht zufriedenstellender“ Teilnahme an Sitzungen zur ideologischen Erziehung verwarnt. Generell stehen ehemalige politische Gefangene nach ihrer Haftentlassung als potentielle „Unruhestifter“ unter besonderer Beobachtung.

China rechtfertigt Bau der Eisenbahnlinie nach Lhasa

Im neuen Fünfjahresplan ist der Bau der Eisenbahnlinie, die von der jetzigen Endstation in Golmud im Norden des tibetischen Plateaus nach Lhasa führen soll, eines der wichtigsten Elemente zur Entwicklung der westlichen Regionen. Ein Artikel in der offiziellen Zeitung *Peoples Daily* geht auf die Lösung der technischen Probleme ein. So soll die Strecke, auf der wegen der grossen Höhe von meist über 4000 m die Diesellokomotiven nur 60% ihrer Leistung erreichen, langfristig elektrifiziert werden. Der Strom soll auch aus Sonnen- und Windenergie erzeugt werden. Die Waggons sollen, ähnlich wie Flugzeuge, luftdicht abgeschlossen werden, und es soll ständig medizinisch geschultes Personal mitfahren. Auch wird in einer Propaganda-Offensive, die offensichtlich gegen ausländische Kritik gerichtet ist, auf die Minimierung von ökologischen Folgen eingegangen. So soll die Strecke von Wildtier-Reservaten „ferngehalten“ werden, durch den Bau von Passagen und Brücken soll die Migration von Wildtieren unbeeinträchtigt bleiben, und Natur-Reservate und die dünne Humusschicht auf der Oberfläche der Permafrost-Böden sollen „weitgehend wiederhergestellt“ werden. Ein von TIN kontaktierter Experte wies darauf hin, dass weniger die Eisenbahnlinie selbst als vielmehr allfällige Siedlungen entlang der Linie zu ökologischen Problemen werden dürften. Die von China beschriebenen technischen Massnahmen

bezeichnete er als „grundsätzlich möglich, aber äussert schwierig zu realisieren“. Kritiker hatten schon früher auf die zu befürchtende massive Zunahme des Zustroms chinesischer Siedler hingewiesen. Laut *Peoples Daily* wurde schon jetzt eine Zunahme von chinesischen Migranten beobachtet, die sich um eine Arbeitsstelle beim Bau bemühten.

Chinesisches Geheimdokument: Strategien gegen „Dalai-Clique“ und Unterstützer - 20. April 2001

Ein offizielles Dokument über eine sorgfältig konzipierte Kampagne zur Unterstützung von Chinas kompromissloser Politik gegenüber dem Dalai Lama ist kürzlich in Beijing durchgesickert. Das Dokument erlaubt einen seltenen und detaillierten Einblick in vertrauliche Pläne zu einer aggressiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen. Ein Grossteil des Dokumentes beschreibt, wie die chinesische Regierung vorgeht, um anti-amerikanische Stimmung aufzubauen und wie sie ihre Intellektuellen unter Druck setzt, um bessere Theorien zur Unterstützung der staatlichen Haltung zu entwickeln. Das Dokument wurde am 12. Juni 2000 von Zhao Qizheng, dem für das Informationsbüro des Staatsrates verantwortlichen Minister, bei einer Sitzung vorgelegt, an der Leiter der Tibetologie- und anderer Forschungsinstitute teilnahmen. „Es ist schwierig, die gegenwärtige Situation umzukehren, wo dem Feind das Glück auf der internationalen Arena hold und uns abhold ist“, heisst es in dem Dokument, weshalb es Gelehrte und Akademiker mahnt, bessere Argumente vorzubringen, die „der internationalen Gemeinschaft plausibel und akzeptabel sein müssen“. Akademiker, Gelehrte und Tibetologen „müssen unsere Propaganda unterstützen“. Das Dokument ist ausserdem erstaunlich unverhohlen. Beispielsweise gibt es zu, dass die Propaganda oft „nicht der Realität in Tibet entspricht“ und die Argumente „zur Durchführung unseres aussenpolitischen Kampfes ungenügend sind“. Weiterhin unterstreicht es, wie wichtig es sei, die eigene Akademiker- und Gelehrtenngemeinde gegen die westlichen Begriffe des Völkerrechts, der Menschenrechte und Selbstbestimmung zu mobilisieren. Explizit werden drei ausländische Bücher über Tibet genannt, die „eine negative Wirkung auf unsere Nation“ hätten. Unter anderem wird der gescheiterte Weltbank-Kredit für das Umsiedlungsprojekt in Dulan als Beispiel für diese „negative Wirkungen“ aufgeführt. Beijing will auch energischer westliche Gelehrte

aufs Korn nehmen, um „eine beträchtliche Zahl ausländischer Spezialisten und Intellektuellen dahin zu bringen, auf unserer Seite zu argumentieren“.

Starker Anstieg der Flüchtlingszahlen unter Kindern - 7. Mai 2001

In den Monaten Januar bis April dieses Jahres hat das Empfangszentrum für Flüchtlinge im indischen Dharamsala einen starken Anstieg an Kindern verzeichnet, die aus Tibet geflohen sind. In diesen Monaten kamen allein 1'500 Kinder unter 13 Jahren dort an; das ist nahezu die dreifache Zahl verglichen mit einem vergleichbaren Zeitraum der letzten Jahre, wo im Durchschnitt 500 bis 600 Kinder ankamen. Die Kinder fliehen entweder mit Eltern oder anderen Familienangehörigen, oder die Eltern anvertrauen ihre Kinder einer Gruppe von anderen Flüchtlingen, die meist mit einem bezahlten Führer die Flucht über die verschneiten Himalaya-Pässe wagen. In den Wintermonaten ist immer ein starker Anstieg an Flüchtlingen zu verzeichnen, da dann viele chinesische Kontrollposten an der Grenze zu Indien und Nepal nicht besetzt sind. Viele Flüchtlinge überleben die Strapazen mit grosser Kälte, über 6'000 m hohen Pässen und hohem Schnee nicht. Als Fluchtgründe führt das Zentrum in Dharamsala die vermehrte politische Unterdrückung in Tibet an. Gegenüber AFP gaben einzelne Flüchtlinge als Grund auch die hohen Strafen an, die sie bei Ueberschreiten der Limite mit maximal 2 Kindern pro Ehepaar zahlen müssen. Andere führten die gerade in Lhasa praktizierten, unangekündigten Hausdurchsuchungen an, die auf der Suche nach religiösen Objekten oder Fotos des Dalai Lama vorgenommen werden.

Weiteres Grossprojekt zur wirtschaftlichen Entwicklung des Westens: Gas-Pipeline - 13. Juni 2001

China macht Ernst mit dem Programm zur „wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Regionen“, wie offiziell die Projekte u.a. in Tibet und Xinjiang bezeichnet werden. In diesem Programm sehen Kritiker eine weitere Grossattacke gegen Unabhängigkeits-Bestrebungen in diesen Regionen, verbunden mit dem weiteren Einströmen chinesischer Siedler. Chinas grösster Oel-Konzern, *PetroChina*, wird sich noch im Juni für eine von drei Offerten von internationalen Konsortien zum Bau einer 4'000 km langen Gas-Pipeline entscheiden, die

ab dem Jahre 2005 Erdgas vom Tarim-Becken in der an Tibet grenzenden Provinz Xinjiang nach Shanghai liefern soll. Der Kreis der Kandidaten, die den Zuschlag erhalten könnten, wurde aus anfänglich 19 Offerten auf drei Kandidaten reduziert: • *BP Amoco* (das einen 2% Anteil an *PetroChina* hält) mit drei Japanischen Firmen und der staatlichen Gesellschaft *Petronas* (Malaysia) • *Exxon Mobil* mit *China Light&Power* (Hong Kong) • *Royal Dutch / Shell*. Der künftige Partner soll als Gegenleistung für die Investition in die Pipeline Eigentumsanteile an den sechs Erdgas-Feldern im Tarim-Becken erhalten, deren grösstes das sogenannte „Kela-2“ ist. Das Volumen allein dieses Erdgas-Vorkommens wird auf 250 Mrd. Kubikmeter geschätzt. Der Bau der Pipeline soll bereits in diesem Herbst beginnen. Nach der geplanten Pipeline im Tsaidam-Becken in Nordwest-Tibet und der vorgesehenen Umleitung von Wasser aus dem Yarlung Zangpo (Brahmaputra) ist dieses ein weiteres Grossprojekt, das in grossem Stil natürliche Ressourcen in die wirtschaftlich florierenden Küstenregionen Chinas transferiert, ohne dass die lokale Bevölkerung davon irgendeinen Nutzen hätte.

Projekt zur Expansion von Lhasa: Tibeter müssen weichen - 26. Juni 2001

Nach regierungsoffiziellen Plänen, die am 4. Juni vom *Beijing China Internet Center* publiziert wurden, sollen am heutigen Stadtrand von Lhasa signifikante Entwicklungsprojekte durchgeführt werden. Für das bedeutendere Projekt ist der heute zumeist aus Brachland bestehende Ne'u-Bezirk (chinesisch: Liuwu) ausersehen, der am Lhasa gegenüberliegenden Ufer des Kyichu-Flusses liegt. Hier soll eine nicht näher spezifizierte „High-Tech“-Zone entstehen. Ein weiteres Projekt sieht die Umwandlung von Brachland im Norden von Lhasa zu einer ebenfalls nicht näher beschriebenen „Touristen-Attraktion“ vor. Im Ne'u-Bezirk soll einst mit einem Bahnhof die geplante Eisenbahnlinie von Xining im Nordosten Tibets nach Lhasa enden. Entlang der Bahnlinie und am Endbahnhof werden tibetische Bauern und Hirten dem Bau weichen müssen. Diese haben bereits die Befürchtung geäussert, dass sie ohne nennenswerte Kompensation umgesiedelt werden dürfen, wie es in der Vergangenheit mehrfach geschah, und es sei ihnen nicht erlaubt, diese Pläne öffentlich zu kritisieren. Die Preise für Land in Ne'u seien bereits angestiegen. Mit diesen Projekten würde sich die Fläche des urbanen Lhasa von heute 53 km² bis zum Jahre 2015

auf 272 km² vergrössern. Vor der chinesischen Invasion nahm die Stadt Lhasa nur eine Fläche von 3 km² ein. Der Anteil der traditionell tibetischen Quartiere an der Gesamtfläche von Lhasa beträgt lediglich noch 2%. Auch der Populationsanstieg wäre bedeutend. Betrug die Einwohnerzahl vor der chinesischen Invasion ca. 20'000 – 30'000, zählte man in Lhasa im letzten Jahr bereits 230'000 Einwohner. In Wirklichkeit dürften es erheblich mehr sein, da in den offiziellen Statistiken weder das Militär noch Saisonarbeiter aufgeführt sind. Allein die Zahl der Saisonarbeiter wird auf 70'000 geschätzt. Nach offiziellen Planzahlen wird bereits im Jahre 2005 mit einem Anstieg der Einwohnerzahl auf über 300'000 gerechnet. Wenn die Eisenbahnlinie fertiggestellt ist, wird mit einem weiteren Zustrom von Siedlern gerechnet. Wenngleich kurzfristig diese Entwicklungsprojekte den Tibetern Arbeit geben dürften, wird langfristig mit erheblichen Nachteilen gerechnet. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass kurzfristig Tibeter bei solchen Projekten Arbeit finden können, jedoch in der Regel eher für Arbeiten mit niedrigen Anforderungen. Die Schlüsselpositionen werden mit Chinesen besetzt, welche nach und nach auf allen Ebenen die Tibeter wieder verdrängen.

Bedeutendes buddhistisches Institut in Ost-Tibet bedroht

Offenbar aus Furcht vor einer Wiederholung der Geschehnisse um die Falungong-Bewegung verlangen die Behörden eine drastische Reduktion der Aktivitäten des Serthar-Instituts im osttibetischen Kanze. Die Zahl von derzeit über 10'000 Studenten soll auf 1'400 reduziert werden. Weigert sich der Vorsteher und Gründer, Khenpo Jigme Phuntsok, dieser Anordnung Folge zu leisten, droht ihm die Verhaftung. Das Institut soll nach unbestätigten Berichten bereits durch Sicherheitskräfte von der Aussenwelt abgeriegelt sein, und es sei mit der Zerstörung der Unterkünfte begonnen worden. Khenpo Jigme Phuntsok liess sich im Jahre 1980 in Kandze als Einsiedler nieder und unterrichtete zunächst nur wenige Studenten. Als sich deren Zahl über die Zeit erheblich steigerte, gelang dem X. Panchen Lama im Jahre 1987 die Anerkennung von Serthar als „akademisches Institut“. Möglicherweise wegen dieses einzigartigen Status blieb es von der ersten Welle der „patriotischen Umerziehung“ seit 1997 verschont, die sich auf Klöster konzentrierte. Serthar genießt einen hervorragenden Ruf wegen der Qualität seiner Lehre und Sammlung

von chinesischen und tibetischen Schriften. Etwa 1'000 Studenten kommen aus China selbst, und es gibt auch eine ansehnliche Zahl von Studenten aus Singapur, Malaysia und Hong Kong. Serthar steht Studierenden aus allen buddhistischen Schulrichtungen Tibets offen. Bereits im Jahre 1999 soll Präsident Jiang Zemin angeordnet haben, das Institut zu verkleinern. Khenpo Jigme Phuntsok verweigerte sich aber dieser Anordnung. Er ist China spätestens seit 1995 ein Dorn im Auge, als er sich weigerte, der Inthronisation des von China eingesetzten XI. Panchen Lama beizuwohnen.

Sechs Jahre Haft für Dalai Lama-Video - 11. Juli 2001

Am 16. Februar wurde in der Wohnung der 37-jährigen Tibeterin Migmar eine Razzia durchgeführt. Sie wurde mit vier Freunden dabei angetroffen, wie sie ein Video mit dem Dalai Lama ansahen. Alle fünf wurden sofort verhaftet und verhört. Während ihre vier Freunde nach einigen Tagen freigelassen und zu hohen Geldstrafen (umgerechnet je Fr. 1'000) verurteilt wurden, erhielt Migmar eine Haftstrafe von sechs Jahren. Migmar ist Mitglied der Kommunistischen Partei und arbeitete in der Behörde für Post und Telekommunikation von Lhasa. Sie hatte zuvor für drei Jahre in China studiert und war nach erfolgreichem Abschluss nach Lhasa zurückgekehrt. Gerade Parteimitgliedern und Regierungskadern ist der Besitz von Fotos, Videos oder Büchern des Dalai Lama strikt verboten. Im vergangenen Jahr erhielten insgesamt etwa 450 Tibeter für den Besitz von Fotos des Dalai Lama Geldstrafen von umgerechnet je Fr. 100.

Nach dem Olympia-Entscheid für Beijing: Verstärkter Druck auf Tibet - 7. August 2001

„Die internationale Staatengemeinschaft hat die Vergabe der Olympischen Spiele an Beijing mit dem Wunsch verbunden, dass die Menschenrechte stärker beachtet werden – nun, hier ist die Antwort“, so kommentierte ein ausländischer Beobachter die Ereignisse direkt nach dem IOC-Entscheid. Nur Tage später verstärkte Beijing nicht nur die Kampagne gegen die Falungong-Gruppe, sondern auch gegen tibetische „Separatisten“. Zwei wichtige Ereignisse markieren die Entschlossenheit von China, in Tibet rechtzeitig bis zum Beginn der Olympiade „aufzuräumen“.

INHALTSVERZEICHNIS

DIPLOMATISCHE SACKGASSEN Mai 2000 - Dezember 2004	3
OLYMPIADE IN PEKING Januar 2005 - Januar 2009	75
MASSIVE PROTESTE UND ERDBEBEN Februar 2009 - Oktober 2011	173
SELBSTVERBRENNUNGEN Oktober 2011 - Mai 2015	241
NOCH MEHR KAMPAGNEN Juni 2015 - Mai 2018	303
VERSTÄRKTE SINISIERUNG November 2018 - Juni 2022	355
INHALTSVERZEICHNIS	402

